

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM, für Haus, bei Postbestellung 1,80 RM, einschließlich Postgebühren. Einzelnummern 10 Pf. Wilsdruff, Postamt, Postfach 10. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Preis für den Abnehmer 10 Pf. Anzeigenpreis die 6 Zeilen eines Raumzeile 20 Pf., die 4 Zeilen 15 Pf., die 3 Zeilen 10 Pf., die 2 Zeilen 5 Pf., die 1 Zeile 3 Pf. Die 1. Zeile der ersten 10 Zeilen 10 Pf., die 11. bis 20. Zeile 8 Pf., die 21. bis 30. Zeile 6 Pf., die 31. bis 40. Zeile 5 Pf., die 41. bis 50. Zeile 4 Pf., die 51. bis 60. Zeile 3 Pf., die 61. bis 70. Zeile 2 Pf., die 71. bis 80. Zeile 1 Pf., die 81. bis 90. Zeile 1 Pf., die 91. bis 100. Zeile 1 Pf. Die 1. Zeile der ersten 10 Zeilen 10 Pf., die 11. bis 20. Zeile 8 Pf., die 21. bis 30. Zeile 6 Pf., die 31. bis 40. Zeile 5 Pf., die 41. bis 50. Zeile 4 Pf., die 51. bis 60. Zeile 3 Pf., die 61. bis 70. Zeile 2 Pf., die 71. bis 80. Zeile 1 Pf., die 81. bis 90. Zeile 1 Pf., die 91. bis 100. Zeile 1 Pf.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 266 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Sonnabend, den 12. November 1932

Zu neuen Ufern.

Deutschland und Amerika. — Rationale Konzentration. Wirtschaftliche Hoffnungen.

Es ist der Welt nicht gegeben, sich zu bescheiden; ... der Masse nicht, daß sie in Erwartung allmählicher Verbesserungen mit einem mäßigen „bürgerlich“ klingender Mißstimmung geduldet, als allerdings noch nicht die parlamentarische Möglichkeit für die Masse gegeben war, mittels der Stimmabgabe zum Ausdruck zu bringen, wie wenig sie sich mit den heute allerdings recht „mäßigen“ Zuständen zu bescheiden willens ist. Auch gegen den bisherigen amerikanischen Staatspräsidenten Hoover hat sich dieser Unwille der Masse in einer so starken Form geäußert, daß sein siegreicher Gegner Roosevelt selbst davon überrascht sein mag; aber auch der wird, sobald ihm auch äußerlich nach der im Februar erfolgenden Wahl die Amtswürde und -bürde auf die Schultern gelegt wird, nur dasselbe anstreben, was Hoover zu erreichen versuchte, aber nicht mehr rechtzeitig erreichen konnte: die Überwindung der Weltwirtschaftskrise. Daß bis zum Tage des Amtsantritts Roosevelts die erhoffte Besserung einen, ach so sehnlichst und allseitig erwünschten Sprung nach oben macht, ist ebenfowenig zu erwarten wie ein Wunder, und wenn man von den überall in der Welt, also auch in Amerika, vor der Wahl üblichen Versprechungen und Verheißungen nun hinterher ein ebenso übliches Ende abwartet, so mag man vielleicht für das Suchen nach anderen Wegen eine Andeutung Roosevelts übrig behalten, die die Kriegsschuldenfrage mit dem internationalen „Gütertausch“ erleichtern oder lösen will. Scheinbar könnte dies das gleiche sein, was wir als Schuldner unseren ausländischen Gläubigern immer wieder sagen: Wir können unsere Schulden nur durch Warenexport begleichen und ihr selbst macht uns „zahlungsunfähig“, wenn ihr die Grenzen gegen den Import aus Deutschland zu sperret. Zwischen uns und Amerika liegen die Dinge ganz anders und viel komplizierter: Wir beziehen aus den Vereinigten Staaten viel mehr Waren — vor allem Rohstoffe und Halbfabrikate —, als wir infolge des amerikanischen Hochschuldenstandes nach dort hin verkaufen können. Andererseits aber sieht Amerika als unser Gläubiger sowohl bei den kurz- wie bei den langfristigen deutschen „Privatschulden“ weitans an erster Stelle. Dieses Verhältnis ist also — vom Standpunkt der Schuldenbegleichung durch Warenexport aus gesehen — so anormal wie nur möglich und würde erst dann normaler werden, wenn Amerika seine Einfuhrhindernisse abbaut. Was Roosevelt aber andeutet, ist ja gerade der Wunsch, daß — die anderen gegen Schuldenermächtigung ihre Röhle oder gar Einfuhrverbote im Interesse der amerikanischen Ausfuhr ermäßigen und auflockern! Nun, zu des künftigen Staatspräsidenten ersten Amtsaufgaben dürfte die Stellungnahme zu der etwa gleichzeitigen, also für den März 1933 anberaumten Weltwirtschaftskonferenz gehören.

Zum mindesten bis dahin, also über den Winter hinweg, wird auch in Amerika die Masse in Erwartung allmählicher Verbesserungen sich mit einem mäßigen Zustande begnügen müssen. Erst recht in Deutschland, obwohl hier die Zustände noch viel „mäßiger“ sind! Insofern nicht zuletzt deshalb, weil die Reichstagswahlen ein Ergebnis von einer politisch bemerkenswerten Ungewißheit herbeiführt haben. Der einzige, der mit diesem Ergebnis restlos zufrieden ist, dürfte der — Direktor des Reichstages sein, weil er diesmal nicht wie durch die beiden letzten Wahlergebnisse in die Notwendigkeit und Verlegenheit versetzt wurde, durch Umbauten im Plenarsaal dafür sorgen zu müssen, daß alle künftigen Reichsvertreter wenigstens einen „Sitz im Reichstag“ erhalten; denn jetzt gibt es ja 25 Abgeordnete weniger als nach dem 31. Juli. Natürlich schlägt auch in dieser Masse und bei ihren Führern, jetzt, erst acht Tage nach dem Ende des Wahlkampfes, der Wille noch recht wilde Wellen, sich keineswegs „mit einem mäßigen Zustande zu begnügen und auf allmähliche Verbesserungen zu warten“. Aber sollten die „Zustände“ nicht doch stärker sein als das Wollen und Wünschen! Auch wenn man die „weitgeöffneten Arme“ der Reichsregierung, von denen man las, nicht gleich für mehr nimmt, als damit gemeint ist, so mögen sich doch die allseitig mehr oder minder geballten „Fäuste“, allmählich lösen, zumal auch der Reichskanzler in seiner ersten großen Rede nach den Wahlen mindestens den latenten Konflikt zwischen der Präsidialregierung und dem neuen Reichstag nicht verschärft. Vielmehr sprach er von der „Herstellung einer wirklichen nationalen Konzentration“ als der nächsten und wichtigsten staatspolitischen Aufgabe, — und dabei muß der Reichstag selbst sich irgendwie einschalten oder einordnen. Freilich gilt haben wie drüben ein Satz aus jenem Goetebuch, den erst hier zu zitieren angebracht ist und der nicht ein Zitat, sondern eine Mahnung sein soll: „Es ist der Welt nicht gegeben, sich zu bescheiden; dem Großen nicht, daß kein Mißbrauch der Gewalt stattfindet.“

Jedenfalls bedeutet es für Roosevelts künftiges Handeln eine sehr wesentliche Erleichterung, daß er auch

Die Ministerpräsidenten bei Papen.

Empfänge bei Papen.

Reichskanzler von Papen hat den preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun zu einer Besprechung empfangen, in der die Versuche fortgesetzt wurden, zu einer Einigung über die Auslegung des Leipziger Urteils zu kommen. Die Unterredung dauerte über eine Stunde; über den Inhalt der Besprechung wird offiziell nichts bekanntgegeben. Eine Einigung soll noch nicht erzielt worden sein. Man hört indessen, daß auf Wunsch des Reichskanzlers die Aussprache in der nächsten Woche fortgesetzt werden soll. Die Punkte in diesen Unterredungen ist durch die süddeutsche Reise des Reichskanzlers bedingt. Für Freitag nachmittag war ein Empfang der Länderminister beim Reichskanzler vorgesehen, und zwar handelte es sich um die Ministerpräsidenten Bayerns, Sachsens, Württembergs und Badens. Die Regierungschefs dieser Länder hatten sich vorher in einer Konferenz in Würzburg über ein gemeinsames Vorgehen in dem Konflikt Reich-Preußen und in den Fragen der Reichs- und Verfassungsreform geeinigt. Der Empfang der Parteiführer soll ebenfalls demnächst erfolgen. Man rechnet damit, daß der Reichskanzler die Abgeordneten Dr. Raab (Zentrum), Dr. Eugenberg (Deutschnational) und Dr. Dingeldey (Deutsche Volkspartei) noch vor seinem am Sonntag in Dresden erfolgenden Staatsbesuch empfangen wird, während der Führer der Bayerischen Volkspartei, Prälat Lecht erst nach dem Dresdener Besuch zu einer Rücksprache beim Reichskanzler erscheinen werden. Noch ganz ungewiß ist es, ob und wann die Nationalsozialisten beim Reichskanzler von Papen erscheinen werden. Die nationalsozialistische Presse fordert nach wie vor eine Übertragung der Regierungsführung an Hitler und lehnt es ab, unter einer Kanzlerschaft von Papens sich an der Regierung zu beteiligen.

Die Ministerpräsidenten der Länder in Berlin.

Keine Beschlüsse. An der Besprechung des Reichskanzlers mit den Ministerpräsidenten Bayerns, Sachsens, Württembergs und Badens nahmen ferner der Reichsinnenminister und der Reichsjustizminister sowie die Berliner Bevollmächtigten der genannten vier Länder zum Reichsrat teil. Zur Erörterung stand die allgemeine politische Lage unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses zwischen dem Reich und den Ländern. Dabei wurde im Hinblick auf die anstehende Sitzung des Verfassungsausschusses des Reichsrates vor allem auch die Lage in Preußen besprochen. Beschlüsse wurden, wie verlautet, entsprechend der Art der Unterredung nicht gefaßt. Auch ein amtlicher Bericht wurde nicht ausgegeben.

Die Verwaltungsreform im Reichsratsauschuß.

Berlin, 12. November. Den Besprechungen des Reichskanzlers mit den Ministerpräsidenten Bayerns, Sachsens, Württemberg und Badens war, wie Berliner Blätter berichten, eine Verhandlung der vier Ministerpräsidenten in der bayerischen Gesandtschaft vorangegangen, an der auch der bayerische Staatsrat Schaffer und der bayerische Innenminister Stübel teilnahmen. Bei den Verhandlungen über die Verwaltungsreform im Reichsratsauschuß am heutigen Sonnabend, zu der die Finanzminister der Länder erschienen sind, wird die Frage der Verwirklichung der Reichsverwaltung durch Abbau von Finanzämtern, Arbeitsämtern usw. eine Rolle spielen. Die Besprechungen mit den Vertretern der Länder sollen in der Hauptsache heute abgeschlossen werden.

Die englische Einladung.

Gewaltiger Fortschritt im Gleichberechtigungskampf.

Berlin, 12. November. Die englische Außenministerrede über die deutsche Gleichberechtigungsforderung in der Abrüstungsfrage hat in allen politischen Kreisen größtes Aufsehen erregt. Die ganze Welt wartet nun darauf, was Deutschland zu diesen Ausführungen im Englischen Unterhaus sagen wird. An den zuständigen deutschen Stellen wird die Rede als gütig für die deutschen Forderungen bezeichnet. Zunächst ist auffallend, so wird erklärt, daß Ton und Inhalt dieser Rede ganz anders sind als in der englischen Rede vom September d. J. An diesem Unterschied im Ton läßt sich schon erkennen, welchen Fortschritt im Kampf um die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigungsforderung die englische Rede bedeutet. An den zuständigen deutschen Stellen spricht man von einem gewaltigen Fortschritt. Der englische Außenminister hat sich die deutschen Forderungen — wenn auch nicht hundertprozentig — zu eigen gemacht und hat sich zu den in Betracht kommenden Fragen mit einer Genauigkeit geäußert, wie es bisher von keiner Seite des Auslands geschehen ist. Die Erklärungen des Engländers, daß der berichtigte Teil V des Versailler Vertrages

verschwinden und durch das geplante Genfer Abrüstungsabkommen ersetzt werden soll, wird als besonders wichtig bezeichnet. Auch über die Auswirkung der Rückungsfreiheit für Deutschland hat sich der Engländer geäußert und hat erklärt, daß die Waffen, die den anderen nicht verboten sind, auch für Deutschland nicht verboten werden sollen. In welchen Stappen die Änderungen für Deutschland eintreten sollen, darüber wurde nichts gesagt. Der deutsche Standpunkt in der ganzen Frage bleibt unverändert, und nach wie vor fordert Deutschland eine klare Antwort auf die Frage, ob das geplante Abrüstungsabkommen in vollem Umfang auch für Deutschland gelten soll. Erst wenn von allen Mächten auf diese Frage eine klare Antwort vorliegt, kann wird Deutschland wieder Vertreter nach Genf senden.

Von den zuständigen deutschen Stellen wird auf die Ausführungen hingewiesen, in denen der englische Außenminister erklärte, Deutschland solle sich verpflichten, keine Streitfrage mit Gewalt zu lösen.

Als Antwort darauf wird an die letzte Kanzlerrede vor den ausländischen Presse erinnert, wo Herr v. Papen sagte, daß der Versailler Vertrag keinen wahren Frieden gebracht habe. Es müsse das Ziel nicht nur Deutschlands, sondern aller europäischen Mächte sein, die Bestimmungen des Versailler Vertrages, die Deutschland durch Zwang auferlegt wurden, durch freiwillige Vereinbarung zu erlösen. Dazu wird weiter betont, daß sich Deutschland die Möglichkeiten zu einer

friedlichen Revision des Versailler Vertrages durch keine irgendwie gearteten Abmachungen einschränken lasse. Auch ein D. S. Locarno komme für Deutschland nicht in Frage. Deutschland könne nur Bindungen auf sich nehmen, die auch für die anderen gelten.

Bei allem Fortschritt, den die Rede des Engländers zeigt, darf nicht vergessen werden, daß ja England nicht allein uns die Gleichberechtigung geben kann. Entscheidend bleibt nach wie vor die Haltung Frankreichs, und dort sind noch keine Fortschritte zu sehen.

Papen über die deutsch-französische Zusammenarbeit.

Rede vor der deutsch-französischen Wirtschaftskommission. Amtlich wird mitgeteilt: Die deutsch-französische Wirtschaftskommission ist vor der Fortsetzung ihrer Arbeiten vom Reichskanzler empfangen und in sehr herzlichen Worten begrüßt worden. Der Reichskanzler hat daran erinnert, daß es eine Tradition geworden sei, daß die Chiefs der deutschen und der französischen Regierung den Vorsitz in

im Repräsentantenhaus und im Kongress, also im amerikanischen Volk, über eine große und sichere Mehrheit verfügen wird, also nicht mehr auf die schweren Hindernisse stößt, mit denen Hoover zu rechnen hatte. In Deutschland sind wir noch längst nicht so weit, solche „stimmungsmäßige“ Plattform für die Regierungsrbeit zur Verfügung zu haben. Aber trotzdem sind wir heute doch nicht mehr ganz unberechtigt, auch schon „allmähliche Verbesserungen“ zu erwarten. Dafür spricht der Rückgang der Arbeitslosigkeit seit Mitte September bis Ende Oktober, während sie in der gleichen Zeit des Vorjahres beträchtlich gestiegen war; dafür spricht noch präziser, daß die Wagenstellung durch die Reichsbahn für die Bewältigung des Güterverkehrs im Oktober auf das doppelte Maß der Anforderung des Oktober 1931 anwachsen konnte. Gewiß, wir stehen vorerst noch an der Schwelle der Konjunkturbesserung. Gewiß, die Hochwasser der Wirtschaftskrise werden sich erst sehr allmählich verlaufen, — aber wir können doch schon der Hoffnung Ausdruck geben: „Zu neuen Ufern lodt ein neuer Tag!“ Dr. Br.